Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

18. Juni 2019

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Ehe für alle)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. März 2019 laden Sie die Kantonsregierungen zur Stellungnahme ein zur Änderung im schweizerischen Zivilgesetzbuch betreffend die "Ehe für alle".

Ihrer Aufforderung kommen wir gerne nach und nehmen zur geplanten Gesetzesanpassung wie folgt Stellung:

I. Status quo

Seit dem Inkrafttreten des Partnerschaftsgesetzes, am 1. Januar 2007, wurde die "Eingetragene Partnerschaft von gleichgeschlechtlichen Paaren" immer wieder gesetzlich angepasst. So gibt es heute materiell und formell keine grossen Unterschiede mehr zum rechtlichen Institut der Ehe. Dies hat wohl auch dazu geführt, dass in der Wahrnehmung der Bevölkerung zwischen diesen Rechtsinstituten nicht mehr gross unterschieden wird.

II. Gesetzesentwurf – Ehe für alle

Nach dem vorliegenden Vorentwurf zum Zivilgesetzbuch (Art. 92 ff. ZGB) sollen künftig auch zwei gleichgeschlechtliche Personen miteinander die Ehe eingehen können.

Diese Öffnung des Rechtsinstitutes der Ehe entspricht dem heutigen Zeitgeist und wir unterstützen grundsätzlich die gesetzgeberische Stossrichtung. Allerdings sind wir der Meinung, dass das Familienrecht endlich umfassend revidiert werden müsste, um dieses den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. In den letzten Jahren wurden immer wieder kleine Partialrevisionen des ZGB angestossen, um diese gesellschaftlichen Entwicklungen (Geschlechtsänderung, etc.) zu berücksichtigen bzw. zu diskutieren. Zu begrüssen wäre aber eine generelle Revision, welche die Ehe für alle in einem Gesamtkontext behandelt, damit wichtige, zusammenhängende Rechtsfragen wie beispielsweise die Entstehung des Kindsverhältnisses umfassend gelöst werden können.

Soweit wir zu einzelnen vorgeschlagenen Gesetzesänderungen Bemerkungen haben, sind diese im Folgenden aufgeführt.

a) Abrücken von der biologischen Elternchaft (Ehelichkeitsvermutung, Art 252 Abs. 2 ZGB)

Neu wird die Frau, welche die biologische Mutter des Kindes heiratet von Gesetzes wegen der andere Elternteil (Art. 252 Abs. 2 ZGB). Die bisherige Vaterschaftsvermutung des Ehemannes wird neu "tel quel" auf die mit der Mutter verheiratete Frau erweitert. Die vorgeschlagene originäre Entstehung des Kindesverhältnisses zur nicht gebärenden Ehefrau lässt ausser Acht, dass Geburten auch bei miteinander verheirateten Frauen nicht immer Resultat einer Samenspende sind, sondern "reale Väter" im Spiel sein können, deren Rechte ebenfalls berücksichtigt werden müssten. Die vorgeschlagene Variante birgt im realen Leben ein erhebliches Konfliktpotential in sich. Die heutige Vaterschaftsvermutung des Ehemannes basiert auf der Annahme, dass der Ehemann der Mutter auch der biologische Vater des Kindes ist. Bei der neuen Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter kann dies mit Bestimmtheit nicht zutreffen. Im Weiteren beantwortet die Vorlage die Frage nicht, wie mit dem zweifelsfrei vorhandenen biologischen Vater rechtlich umgegangen werden soll.

Die Kommission hat entschieden, das Abstammungsrecht nicht mit dieser Gesetzesvorlage zu behandeln, obwohl unbestrittenermassen auch hier Revisionsbedarf besteht (vgl. Ziff. 5.3., S. 26 Vorentwurf). Die vorgeschlagene Mutterschaftsvermutung der mit der Mutter verheirateten Frau sollte aber gleichzeitig im Rahmen einer Abstammungsrechtsvorlage umfassend geregelt werden. Entsprechend lehnen wir die vorgelegte Variante ab, da mit ihr ohne gesamtheitliche Beurteilung faktisch die soziale Elternchaft eingeführt wird.

Antrag:

Die originäre Entstehung des Kindesverhältnisses ist integral zu regeln und soll auch das Recht auf Kenntnis der Abstammung enthalten.

b) Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe (Art. 35 PartG)

Die Regelung der Umwandlung ist unvollständig. Unbeantwortet lässt Art. 35 PartG, ob die Umwandlung mit neuen Wirkungen verbunden ist. Werden die Namensführung und das Bürgerrecht anlässlich der Umwandlung neu beurteilt? Können die Ehegatten ihre Namensführung (im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen) neu bestimmen? Was für Auswirkungen hat die Umwandlung auf allfällige Kinder eines Partners?

Antrag:

Die Wirkungen der Umwandlung sind umfassend zu regeln.

c) Auswirkungen auf Bund - Kosten

Die Umsetzung der neuen Rechtsbestimmungen im schweizerischen Personenstandsregister (Infostar) wird nicht erwähnt (vgl. Ziff. 7.1., S. 36 Vorentwurf). Eine Rechtsänderung im beabsichtigten Rahmen bedarf zwangsläufig technischer Anpassungen des elektronischen Beurkundungssystems Infostar.

Antrag:

Diese Kosten sind im Bericht aufzunehmen und vom Bund zu übernehmen.

d) Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden

Die Aussage, dass die vorgesehenen Änderungen wenig Auswirkungen auf die kantonalen oder kommunalen Behörden haben werden (vgl. Ziff. 7.2. S. 37 Vorentwurf), kann so nicht geteilt werden. Gerade bei den kantonalen und kommunalen Zivilstandsbehörden wird die Umsetzung der vorgesehenen Änderungen zu einem Mehraufwand führen.

Antrag:

Die Aussage ist zu bereinigen und den Tatsachen anzupassen.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Eingabe.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Roland Fürst
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber